

ÖGK warnt: 900 Millionen Euro Defizit - die Zukunft der Gesundheitsversorgung?

Die ÖGK prognostiziert für 2025 ein Bilanzdefizit von 900 Millionen Euro, ausgelöst durch steigende Gesundheitsausgaben und sinkendes Wachstum.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) schlägt Alarm! In ihrer aktuellen Finanzvorschau wird ein drohendes Bilanzdefizit von etwa 900 Millionen Euro für das Jahr 2025 prognostiziert. Dies entspricht einem erschreckenden Defizit von 4,29 Prozent bei einem Gesamtbudget von 21 Milliarden Euro. Immer mehr Menschen suchen einen Arzt auf, was einerseits durch eine deutliche Verbesserung der medizinischen Versorgung, andererseits jedoch auch durch eine wachsende, alternde Bevölkerung bedingt ist. Laut den Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO hat sich das Wirtschaftswachstum für 2024 auf ein Minus von 0,9 Prozent verändert und für 2025 erwarten sie stagnierende Wachstumsraten. Diese Entwicklung könnte katastrophale Auswirkungen auf die Beschäftigung und damit die Finanzierungen der ÖGK haben, da diese als beitragsfinanzierte Sozialversicherung direkt von den Beschäftigten abhängt, so berichtete **OTS.at**.

Steigende Versorgungsausgaben und ihre Folgen

Die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung sind in den letzten Jahren explodiert. Im Vertragsarztbereich stiegen die Kosten um 8,3 Prozent. Gleichzeitig haben sich die Anzahl der

durchgeführten Untersuchungen in niedergelassenen Arztpraxen dramatisch erhöht – während in den Krankenhäusern die MR-Untersuchungen um 17 Prozent abnahmen, stieg die Zahl in Arztpraxen und Instituten um 68 Prozent. Die ÖGK zahlte im Vorjahr fast 6 Milliarden Euro an Spitäler, trotz der Bemühungen, die Versorgungsleistungen in die ambulante Betreuung zu verlagern. Dies geschieht in Form neuer Primärversorgungseinheiten, die seit 2024 eingerichtet wurden, berichtet **Demografie-Portal.de**.

Besonders alarmierend sind die Versorgungsausgaben für pensionierte Beamte, die in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen sind. Von 25 Milliarden Euro im Jahr 1995 sind die Ausgaben bis 2022 auf 61 Milliarden Euro angewachsen. Dies stellt nicht nur eine enorme finanzielle Belastung für Bund, Länder und Kommunen dar, sondern zeigt auch die schwindelerregende Zunahme an Versorgungsempfängern. Die Ausgaben für pensionierte Lehrer dominieren dabei die regionalen Finanzen, während der Bund inzwischen 17 Milliarden Euro ausgibt für die Versorgung von Pensionären. Zukünftig ist ein zusätzlicher Finanzierungsbeitrag des Bundes unumgänglich, um die angespannte finanzielle Situation in der Gesundheitsversorgung nachhaltig zu stabilisieren.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Schaden in €	900000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.demografie-portal.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at